

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 4. Juni 2009

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Das aktuelle Leitzinsniveau ist unter Berücksichtigung unserer Beschlüsse von Anfang Mai, einschließlich der erweiterten Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe, und sämtlicher seither verfügbar gewordener Informationen und Analysen angemessen. Wir wurden in unserer Erwartung bestätigt, dass die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist aufgrund der spürbaren Konjunkturabschwächung im Euro-Währungsgebiet sowie weltweit gedämpft bleiben wird. Die jüngsten Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftstätigkeit nach zwei Quartalen stark negativen Wachstums im weiteren Jahresverlauf weitaus weniger negativ entwickeln dürfte. Nach einer Phase der Stabilisierung werden ab Mitte 2010 positive vierteljährliche Wachstumsraten erwartet. Diese Einschätzung berücksichtigt verzögerte negative Effekte, die in den kommenden Monaten zum Tragen kommen dürften, zum Beispiel eine weitere Verschlechterung der

Arbeitsmarktlage. Gleichzeitig bleiben die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die Ergebnisse der monetären Analyse stützen die Einschätzung eines moderaten Inflationsdrucks, da sich das Geldmengen- und Kreditwachstum auf Jahressicht weiter verlangsamt hat. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die Konjunktur schwächte sich im ersten Quartal 2009 erheblich ab; Grund hierfür waren die Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen und insbesondere ein drastischer Rückgang der weltweiten Nachfrage und des globalen Handels. Der ersten Schätzung von Eurostat zufolge sank die Wirtschaftstätigkeit im Euroraum gegenüber dem Vorquartal um 2,5 %, nachdem im Schlussquartal 2008 ein Rückgang von 1,8 % verzeichnet worden war. Dies wird einen beträchtlichen negativen Effekt auf die durchschnittliche Wachstumsrate des Jahres 2009 haben. Zuletzt waren jedoch bei den Umfragedaten Verbesserungen festzustellen, die allerdings sehr gering ausfielen. Im Einklang mit diesen Ergebnissen ist davon auszugehen, dass die Zuwachsraten der Wirtschaftstätigkeit nach dem extrem schwachen ersten Quartal im weiteren Jahresverlauf weitaus weniger negativ ausfallen werden. Nach einer Phase der Stabilisierung werden ab Mitte 2010 positive vierteljährliche Wachstumsraten erwartet.

Diese Einschätzung steht weitgehend im Einklang mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2009, denen zufolge das jährliche Wachstum des realen BIP im laufenden Jahr zwischen -5,1 % und -4,1 % und im kommenden Jahr zwischen -1,0 % und +0,4 % liegen wird. Verglichen mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März 2009 wurden

die Bandbreiten vor allem für das laufende Jahr nach unten korrigiert. Ein stark negativer statistischer Überhang aus dem Vorjahr und das sehr schwache Ergebnis für das erste Quartal 2009 trugen in erheblichem Maße zu dieser Abwärtskorrektur bei. Die für das kommende Jahr projizierte allmähliche Erholung, bei der davon ausgegangen wird, dass sich die Wachstumsraten ab Mitte 2010 wieder ins Positive kehren, spiegelt die Effekte der laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems innerhalb wie auch außerhalb des Euroraums wider. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse für das erste Quartal entsprechen die Prognosen internationaler Organisationen weitgehend den Projektionen des Eurosystems vom Juni 2009.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für den Wirtschaftsausblick ausgewogen. Einerseits könnten die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie andere politische Maßnahmen stärkere Effekte als erwartet haben. Auch das Vertrauen könnte schneller zunehmen als zuvor erwartet. Andererseits bestehen nach wie vor Bedenken im Zusammenhang mit folgenden möglichen Faktoren: größere Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft, ungünstigere Entwicklungen am Arbeitsmarkt, sich verstärkende Protektionismusbestrebungen und schließlich ungünstige Entwicklungen in der Weltwirtschaft aufgrund einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so belief sich die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Mai auf 0,0 % nach 0,6 % im April. Wie bereits bei vorherigen Anlässen erläutert, war der weitere Rückgang der Inflationsrate in dieser Größenordnung erwartet und spiegelt in erster Linie Basiseffekte wider, die auf erhebliche Schwankungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe in den vergangenen 12 Monaten zurückzuführen sind.

Mit Blick auf die Zukunft dürften die jährlichen Teuerungsraten aufgrund dieser Basiseffekte den Projektionen zufolge weiter sinken und in den kommenden Monaten vorübergehend negativ bleiben, bevor sie gegen Ende des laufenden Jahres in den positiven Bereich zurückkehren. Aus geldpolitischer Sicht sind solche kurzfristigen Bewegungen jedoch irrelevant. Längerfristig wird erwartet, dass die Preis- und Kostenentwicklung infolge einer weiterhin verhaltenen Nachfrage im Euro-Währungsgebiet wie auch in der übrigen Welt gedämpft bleibt.

Dieser Ausblick stimmt mit den im Juni 2009 von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen für die Inflation im Euro-Währungsgebiet überein. Demnach wird die HVPI-Inflation im laufenden Jahr zwischen 0,1 % und 0,5 % liegen, was eine leichte Abwärtskorrektur gegenüber den Projektionen der EZB-Experten vom März 2009 bedeutet. Mit 0,6 % bis 1,4 % bleibt die von den Experten des Eurosystems für das Jahr 2010 projizierte Bandbreite für die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI gegenüber den von EZB-Experten erstellten Projektionen vom März 2009 weitgehend unverändert. Verfügbare Prognosen internationaler Organisationen zeichnen ein ähnliches Bild.

Vor diesem Hintergrund muss erneut betont werden, dass die Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert sind, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf diese Projektionen sind weitgehend ausgewogen. Abwärtsrisiken bestehen insbesondere im Zusammenhang mit den Konjunkturaussichten, während Aufwärtsrisiken unerwartet hohe Rohstoffpreise betreffen. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker als derzeit angenommen erhöht werden.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten die anhaltende Abschwächung der Grunddynamik des Geldmengenwachstums und stützen somit die Einschätzung eines moderaten Inflationsdrucks. Im April haben sich die Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 und der Buchkredite an den privaten Sektor weiter auf 4,9 % bzw. 2,4 % verringert. Allerdings war der Rückgang der jährlichen Zuwachsraten insbesondere im Hinblick auf das Wachstum der Geldmenge M3 schwächer ausgeprägt als in den vergangenen Monaten, was ein starkes Wachstum der Geldmengenaggregate im April widerspiegelt.

Die jüngsten Entwicklungen der M3-Komponenten spiegeln weiterhin in hohem Maße die Auswirkungen der vergangenen Leitzinssenkungen der EZB wider, die sowohl bei verschiedenen Einlagenzinsen als auch bei den Abständen zwischen diesen zu einem Rückgang geführt haben. Dies hat beispielsweise niedrigere Opportunitätskosten für Marktteilnehmer mit sich gebracht, die Mittel in hochliquide täglich fällige Einlagen umschichteten und erklärt den Anstieg der Jahreswachstumsrate von M1 auf 8,4 % im April. Gleichzeitig begünstigt die Verringerung der Zinssätze für andere kurzfristige Einlagen und marktfähige Finanzinstrumente weiterhin die Mittelallokation hin zu Finanzinstrumenten außerhalb der weit gefassten Geldmenge M3.

Die ausstehenden MFI-Buchkredite an den privaten Sektor gingen im April etwas weiter zurück. Diese Entwicklung war erneut in erster Linie auf die negative Vergabe kurzfristiger Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen, die wiederum teilweise mit dem geringeren Bedarf an Betriebskapital im Gefolge der drastischen Eintrübung von Konjunktur und Geschäftsaussichten in den ersten Monaten des Jahres sowie mit dem verstärkten Rückgriff auf Liquiditätspuffer zur Finanzierung dieses Betriebskapitals zusammenhing. Die Vergabe längerfristiger Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften blieb hingegen positiv. Die vergangenen Leitzinssenkungen der EZB haben weiter auf die Kreditzinsen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sowie private Haushalte durchgewirkt. Die resultierende

Verbesserung der Finanzierungsbedingungen dürfte die Wirtschaftstätigkeit in der kommenden Zeit nachhaltig stützen. Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen sollten die Banken jedoch angemessene Maßnahmen ergreifen, um ihre Eigenkapitalbasis weiter zu stärken, und gegebenenfalls die staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors voll ausschöpfen, vor allem was die Rekapitalisierung betrifft.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das aktuelle Leitzinsniveau unter Berücksichtigung unserer Beschlüsse von Anfang Mai, einschließlich der erweiterten Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe, und sämtlicher seither verfügbar gewordener Informationen und Analysen angemessen ist. Wir wurden in unserer Erwartung bestätigt, dass die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist aufgrund der spürbaren Konjunkturabschwächung im Euro-Währungsgebiet sowie weltweit gedämpft bleiben wird. Die jüngsten Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftstätigkeit nach zwei Quartalen stark negativen Wachstums im weiteren Jahresverlauf weitaus weniger negativ entwickeln dürfte. Nach einer Phase der Stabilisierung werden ab Mitte 2010 positive vierteljährliche Wachstumsraten erwartet. Diese Einschätzung berücksichtigt verzögerte negative Effekte, die in den kommenden Monaten zum Tragen kommen dürften, zum Beispiel eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Gleichzeitig bleiben die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die **Gegenprüfung** anhand der Ergebnisse der monetären Analyse stützt die Einschätzung eines moderaten Inflationsdrucks, da sich das Geldmengen- und Kreditwachstum auf Jahressicht weiter verlangsamt hat. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird.

Da die Transmission der Geldpolitik mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgt, werden unsere geldpolitischen Maßnahmen nach und nach in vollem Umfang

auf die Wirtschaft durchschlagen. Mit allen bislang ergriffenen Maßnahmen wird die Geldpolitik also die privaten Haushalte und die Unternehmen fortlaufend stützen. Sobald sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld wieder aufhellt, wird der EZB-Rat dafür Sorge tragen, dass die ergriffenen Maßnahmen rasch rückgängig gemacht werden können und die bereitgestellte Liquidität abgeschöpft werden kann. Jeglicher Gefahr für die Preisstabilität kann daher auf mittlere bis längere Sicht wirksam und rechtzeitig begegnet werden. Wie bereits mehrfach betont, wird der EZB-Rat weiterhin sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Diese Verankerung ist zur Stützung eines nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung unerlässlich und trägt zur Finanzstabilität bei. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so deuten die jüngsten Prognosen der Europäischen Kommission für das Jahr 2009 auf eine drastische Erhöhung der Defizitquote der öffentlichen Haushalte und der Schuldenquote im Euroraum hin. Diesen Vorausberechnungen zufolge steigt die Defizitquote von 1,9 % des BIP im Jahr 2008 auf 5,3 % im Folgejahr und weiter auf 6,5 % im Jahr 2010, wobei die Schuldenquote dann mehr als 80 % des BIP beträgt. Die meisten Euro-Länder dürften 2009 und 2010 ein Defizit oberhalb des Referenzwerts von 3 % des BIP ausweisen. Um das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten, werden ehrgeizige und glaubwürdige Anpassungsanstrengungen erforderlich sein, um gestützt auf die vollständige Einhaltung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts so bald wie möglich zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren. Die rasche Erreichung einer soliden Haushaltslage ist Voraussetzung dafür, dass die Länder die aus der Bevölkerungsalterung erwachsenden zusätzlichen Haushaltsbelastungen bewältigen und die Risiken tragen können, die aus den zur Stabilisierung des Finanzsektors gewährten staatlichen Garantien resultieren.

Im Hinblick auf die **Strukturpolitik** gibt es viele Gründe dafür, weitere Anstrengungen zur Förderung des Wachstumspotenzials im Euro-

Währungsgebiet zu unternehmen. Es ist entscheidend, dass der Schwerpunkt nun im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft auf die Stärkung der Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Wirtschaft des Eurogebiets gelegt wird. In diesem Zusammenhang kann die derzeitige Situation als Katalysator zur beschleunigten Umsetzung notwendiger nationaler Reformen, insbesondere Arbeitsmarktreformen, gesehen werden, um eine angemessene Lohnsetzung sowie eine sektor- und regionenübergreifende Mobilität der Arbeitskräfte zu erleichtern; Gleiches gilt für Reformen der Gütermärkte mit dem Ziel, den Wettbewerb zu fördern und Restrukturierung sowie Produktivitätswachstum voranzutreiben. Zugleich ist es notwendig, dass viele der in den vergangenen Monaten ergriffenen politischen Maßnahmen zur Unterstützung bestimmter Wirtschaftssegmente zeitnah auslaufen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.